

Zwischen Autonomie und Angewiesenheit

Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken

Am 19. Mai 2014 hatten die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e.V. (eaf bayern), das Amt für Gemeindedienst, Nürnberg (afg) und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern (ELKB), zu einer gemeinsamen Fachtagung eingeladen. Impulsgebend hierfür war die unter gleichem Titel herausgegebene Orientierungshilfe der EKD. Hundert Teilnehmende und Mitwirkende aus unterschiedlichen Ebenen, Institutionen, Verbänden und Arbeitsbereichen waren dieser Einladung gefolgt. Cornelia Coenen-Marx, Referatsleiterin für Sozial- und Gesellschaftspolitik bei der Evang. Kirche in Deutschland (EKD), führte mit ihrem Impulsreferat in das Thema ein.

Workshops zu den Themen „Zeit in Familien“, „Familienformen im Wandel“, Erziehung und Bildung“ und „Armut und Reichtum in Familien“ – eine Auswahl der in der Orientierungshilfe formulierten familienpolitischen Brennpunkte – vertieften die Ausführungen aus dem Hauptvortrag und entwickelten diese u. a. mit dem Fokus „Herausforderungen für Kirche und Diakonie“ weiter. Ein Podiumsgespräch mit Heinz Karrer, Referent für die Zielgruppenarbeit in Gemeinden im Landeskirchenamt, Birgit Löwe, Vorsitzende der eaf bayern und Mitglied im Vorstand der Diakonie Bayern, Dr. Annekathrin Preidel, Präsidentin der Landessynode in Bayern und Stefan Reimers, Dekan im Dekanat Fürstfeldbruck schloss diese Fachtagung inhaltlich ab. Im Folgenden eine gekürzte Fassung des Vortrages von Frau Coenen-Marx.



Cornelia Coenen-Marx, EKD

1. Was für eine Debatte: heftig, fokussiert und nachhaltig

„Sind Sie nicht überrascht über die Diskussion?“ wurde ich immer wieder gefragt. Doch, zunächst einmal war ich überrascht. Nicht nur über Ausmaß und Heftigkeit der Debatte, sondern auch und vor allem über ihren Focus. Denn der Rat der EKD hatte im Jahr 2008 eine ad-hoc-Kommission berufen, um

kirchliche Handlungsempfehlungen für die aktuellen familienpolitischen Herausforderungen zu formulieren.

Auf dem Hintergrund ihres Auftrags hat sich die ad-hoc-Kommission mit der soziologischen Wirklichkeit, den familienpolitischen Paradigmen, der Geschichte und Rechtslage beschäftigt, hat Herausforderungen und Brennpunkte der Familienpolitik benannt und schließlich politische wie auch praktisch-theologische Empfehlungen gegeben. Die Texte sind nicht als Grundsatz- oder „Katechismustexte“ oder

als Seelsorge für die Gemeinde zu lesen, sie sind das Ergebnis einer interprofessionellen Debatte von Christinnen und Christen mit ganz verschiedenen Funktionen in Kirche und Öffentlichkeit. Sie richten sich an die Verantwortlichen in einem bestimmten Arbeitsfeld von der Ebene der Politik bis zu der vor Ort.

Nun ist es nicht das erste Mal, dass die Debatte um eine EKD-Schrift so heftig geführt wird. Auch in der Auseinandersetzung mit der „Unternehmerdenkschrift“ von 2008 gab es ähnlich grundsätzliche Kritik. Interessanterweise ist diese Diskussion aber weder in den Medien noch in der Kirchenkonferenz wirklich wahrgenommen worden; und ich habe mich lange gefragt, warum das beim Thema Familie anders ist.

Zwei Antworten darauf habe ich gefunden: Zum einen rührt das Thema „Unternehmen und Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft“ anders als das Thema „Familie“ nicht ans Selbstverständnis kirchlichen Handelns. Hier zeigt sich noch immer eine deutliche Spaltung zwischen der Welt von Wirtschaft und Arbeit mit ihrer ökonomisch-politischen Ausrichtung auf der einen Seite und der Welt von Kirche und Familie mit ihrer Orientierung an Nächstenliebe auf der anderen. Und es ist auch deshalb problematisch, weil die so genannten „weichen“, die Fürsorge-Werte in Politik und Management den „harten“ ökonomischen Werten immer noch nachgeordnet werden.

Inhalt dieser Ausgabe

Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken.....1

Kabinettsbeschluss zur Qualitätsverbesserung in den KITAs - So haben wir uns das nicht vorgestellt.....4

Zugleich allerdings, und das ist meine zweite Antwort, erfährt „Familie“ als Lebensgemeinschaft im Wertesystem der Bürgerinnen und Bürger gerade eine enorme Aufwertung. Gerade weil die Erwerbswelt inzwischen für Frauen wie Männer zentral ist, und gerade weil sie in einem starken Wandel begriffen ist und enorme Herausforderungen birgt, wird Familie zu einer Art Gegenwelt, auf die sehr viele Menschen große Erwartungen richten. Und dabei erhofft man sich die Unterstützung auch der Kirchen.

Genau wie Unternehmen in schwankenden Märkten, müssen Menschen ihre Finanz- und Lebensplanung anpassen, wenn sie nicht mehr mit einer festen Arbeitsstelle oder einem festen Einkommen rechnen können – so beschreibt Markus Väth die Zukunft von Arbeit und Gesellschaft. „Die Frage ist“, so Väth, „wo wir als Gesellschaft die Grenze zwischen Flexibilität und Selbstaufgabe ziehen“. Wofür nimmt der einzelne die Verantwortung, wofür der Staat und was ist die Herausforderung für die Wirtschaft? Der Philosoph Hartmut Rosa beschreibt diese Prozesse als strukturelle Entfremdung und zeigt zugleich, wie sehr wir eben auf Erfahrungen und Beziehungen, auf Verortung angewiesen sind, um Resonanz zu erfahren. Das kann aber nur gelingen, wenn Politik und Wirtschaft Rahmenbedingungen schaffen, die diese Lebensform unterstützen. Insofern ist die Frage nach der Lebensform auch in einem freiheitlichen Staat eben nicht nur eine private Frage. Und die Frage, was wir meinen, wenn wir von Familie sprechen, ist eben gesellschaftspolitisch hoch relevant.

2. Zwischen Empirie, Entwicklungspfaden und Leitbildern – zur Arbeit der Kommission

In den ersten Sitzungen, in denen es darum ging, sich über den eigenen Auftrag zu verständigen, bestand schon bald Übereinstimmung, dass wir zunächst eine empirische Bestandsaufnahme brauchten, dass sodann klar werden und auch beschrieben werden sollte, welche Entwicklungspfade die Familienpolitik in Deutschland genommen hatte, welche Trends erkennbar sind und wo auf diesem Hintergrund heute die Brennpunkte liegen. Dabei wurde deutlich: Die Veränderungsprozesse und Herausforderungen, die Familien heute kennzeichnen, haben allesamt mit Modernisierungsprozessen zu tun – mit der überragenden Bedeutung von Bildung und Erwerbsarbeit in der Arbeitsgesellschaft, mit der Entwicklung von Autonomie, Individualität und Vielfalt und schließlich mit der wachsenden Ungleichheit und der Unterschätzung von Sorgearbeit. Vier will ich kurz heraus greifen:

Erstens: Die Zeit für Familiengründung ist knapp geworden.

Lange Ausbildungszeiten und schwierige Berufseinstiege haben zur Folge, dass die Geburt von Kindern im Lebenslauf immer weiter hinausgeschoben wird. Und – auch daran sei hier erinnert – ein nicht kleiner Teil der betroffenen Frauen leiden darunter, dass ihr Kinderwunsch sich nicht, wie geplant erfüllt.

Zweitens: Die Vielfalt des Familienlebens nimmt zu.

Familie ist nicht mehr die vielbeschworene „Gemeinschaft des Blutes“, sie ist nicht einfach Schicksalsgemeinschaft, sondern mehr und mehr auf Entscheidungen füreinander gegründet. Die Soziologie spricht von Familie als „Herstellungsgemeinschaft“. Das bedeutet: Familie zu le-

ben, braucht bewusste Arbeit an einer gemeinsamen Identität, Kultur und Zeit für vielfältige Kontakte – und eine gute finanzielle Basis.

Der dritte Trend zeigt aber: Die gesellschaftliche und ökonomische Spreizung wächst.

Und zwar nicht nur deshalb, weil sich die sozialen Milieus in Deutschland in hohem Maße auseinander entwickeln. Auffällig ist die Polarisierung sozialer Lebenslagen vor allem aber zwischen denen, die für Kinder sorgen und denen, die keine Kinder zu versorgen haben. Familienarbeit wird finanziell nur honoriert, wenn sie ehe- oder lebenspartnerschaftsbasiert ist.

Und schließlich viertens: Die Zuordnung von Familienerziehung und öffentlicher Erziehung hat sich in Gesamtdeutschland verändert.

Der Streit um Betreuungsgeld und Krippenplätze dreht sich nicht zuletzt um die Frage, was nötig ist, um die Chancen dieser Kinder zu verbessern. Aus der Geschichte der DDR bringt Deutschland nicht nur die selbstverständliche Erfahrung von Krippenerziehung und Ganztagschulen mit, dazu gehört auch ein anderes Miteinander von Schule und Elternhaus und natürlich die Sorge vor staatlichen Eingriffen und Ideologisierung im Dienst von Staat und Wirtschaft.

3. Zur Rolle der Kirche im politischen Wertesystem

Die wechselseitige Einflussnahme von Politik, gesellschaftlichen Entwicklungen und Kirche als Institution ist gerade auf dem Feld von Ehe und Familie in Deutschland besonders groß. Mit ihren biblisch begründeten Leitbildern haben die Kirchen immer Einfluss genommen auf die Entwicklung von Ehe und Familienleben. „Kinder, Küche, Kirche“ waren nie unpolitisch – im Gegenteil: in diesem Feld hat sich die Kirche deutlich positioniert – ob es um Elternrechte und Kindererziehung ging, oder auch um die Verhinderung der Erwerbstätigkeit von Frauen. Das familienpolitische Modell in Deutschland ist im Miteinander der beiden großen Kirchen ganz wesentlich von der christlichen Soziallehre geprägt. Und dieses Leitbild wirkt bis heute nach – von den Sozialsystemen bis zur Halbtagsschule. Die Mitglieder der Kommission waren sich schnell darüber einig, dass die Kirche, die bis heute für die Entwicklung und Gestaltung von Erziehung und Pflege in Deutschland wesentlich Verantwortung trägt, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, sich auch politisch über die Zukunft von Familien zu äußern. Dabei ist es unverzichtbar, den Blick über Deutschland hinaus auf Europa hin zu weiten.

In der Arbeit der Kommission ist mir bewusst geworden: Das westdeutsche Modell der Familienpolitik, das Vielen nach wie vor selbstverständlich erscheint, setzt auf Subsidiarität: Es geht in seinen Grundzügen noch immer von der traditionellen Familie als Erwerbs- und Fürsorgegemeinschaft aus – mit vollerwerbstätigem Familienvorstand und einer Hausfrau und Mutter, die für Erziehung und Pflege sorgt. Diese Gemeinschaft wird vom Staat gefördert und finanziell gestützt – durch Ehegattensplitting und Mitversicherung von Frauen und Kindern über die an der Erwerbstätigkeit angekoppelten sozialen Sicherungssysteme. Es geht darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Menschen ermöglichen, die Gemeinschaft zu leben, die sie leben wollen.

4. Zur Bedeutung von Angewiesenheit und Sorgearbeit – die übersehene Botschaft der Orientierungshilfe

Sorgearbeit ist Arbeit, die schon immer im Schatten stand, und zunehmend abgewertet wurde, zunächst auf dem Hintergrund einer traditionellen Familienverfassung mit geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung, dann durch die Dynamik einer berufsorientierten Emanzipationsbewegung, die die traditionelle Geschlechterhierarchie thematisierte und auflöste. Am Ende dieser Entwicklung steht eine ökonomisierte Erwerbs- und Konsumgesellschaft, in der nichts gilt, was nichts kostet. Haus- und Familienarbeit, Erziehung und Pflege brauchen deshalb eine neue gesellschaftliche Wertschätzung – und zwar jenseits der geschlechterspezifischen Arbeits- und Rollenteilung. Die Orientierungshilfe „Zwischen Autonomie und Angewiesenheit“ deutet die Situation von Familien auf dem Hintergrund moderner Vorstellungen von Autonomie, Gleichheit und Gerechtigkeit. Individualität und Vielfalt moderner Gesellschaften werden deshalb akzeptiert und nicht verworfen.

Wo Menschen auf Dauer und im Zusammenhang der Generationen Verantwortung füreinander übernehmen, sollten sie Unterstützung in Kirchengemeinden und diakonischen Einrichtungen finden – mit praktischen Hilfen, mit gottesdienstlichen, pädagogischen und diakonischen Angeboten.

5. Und die Theologie?

Was ist Familie? Über Jahrhunderte zuerst eine Hausgemeinschaft, nicht einmal der Begriff „Familie“ hat eine Rolle gespielt. Und was ist Ehe? Über lange Zeit eine Rechtsbeziehung, zu der auch mehr als eine Frau gehören konnte. Die Zeit, in der Familien Eigentumsverhältnisse waren, ist noch nicht lange vorbei – und auch die Zeit der Geschlechterhierarchie nicht.

Was wir unter Familie verstehen, ist in einem dauernden Wandel begriffen. „Angesichts der Vielfalt biblischer Bilder und der historischen Bedingtheit des familiären Zusammenlebens entsprechen ein normatives Verständnis der Ehe als „Göttliche Stiftung“ und eine Herleitung der traditionellen Geschlechterrollen aus einer vermeintlichen „Schöpfungsordnung“ weder der Breite des biblischen Zeugnisses noch unserer Theologie“, hat der Ratsvorsitzende deshalb bei der Pressekonferenz zur Orientierungshilfe formuliert. Die Schrift setze vielmehr das geschichtliche Gewordensein und den Wandel familiärer Leitbilder voraus.

Wer aber die Kirche vor allem als Normen- und Werteagentur versteht, nimmt die Breite gemeindlichen und diakonischen Handelns sowie die vielfältige Praxis in sozialen Projekten und Einrichtungen nicht wirklich zur Kenntnis.

Kirche lebt vom Miteinander in den Familien - gerade die jüngste Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung hat gezeigt, wie wichtig Familie als religiöse Sozialisationsagentur, als Keimzelle gesellschaftlichen und nachbarschaftlichen Zusammenhalts, als Ort ethischen Lernens ist. Aber mehr als die Kirche Familien braucht, brauchen Familien die Kirche. Acht Aspekte will ich benennen:

Familien brauchen

- **eine Kirche, die offen ist für Rollenveränderungen**
- **eine Kirche, die Hochzeiten feiert und Krisen ernst meint.**
- **Gemeinden, die mit der Trägerschaft von Tageseinrichtungen und Familienzentren punkten**
- **eine Kirche, die bewusst Zeitpolitik betreibt**
- **eine Familiaritas aller Generationen**
- **eine gemeinwesenorientierte Kirche**
- **eine moderne Arbeitgeberin**
- **familienkompetente und politisch wache Gemeinden**

6. Zu den Konsequenzen: Es gibt noch viel zu denken und zu tun!

Befreiung und Verwirrung, Irritation und neue Anfänge gehören zusammen - das gilt nicht nur in unseren persönlichen Erfahrungen, sondern auch in unserem Denken.

Die Debatten, die wir nun führen, haben mich tatsächlich überrascht, aber sie haben mir auch geholfen zu verstehen, dass die Themen, die im Zentrum des Auftrags standen, unterschätzt werden. Das Care-Defizit, auf das wir zugehen, wird offenbar noch immer nicht wirklich wahrgenommen. Die familienpolitischen Herausforderungen vor denen wir stehen, werden noch immer als private und nicht als öffentliche begriffen. Deswegen neigen wir nach wie vor dazu, in diesem Bereich eher moralisch als sozialetisch zu denken. Auch deshalb geht es um Religion, um Normen und Werte – und eben nicht um Gesellschaftspolitik. Und die familienpolitischen oder auch die kirchlich-diakonischen Handlungsfelder im Text werden so gut wie nicht diskutiert.

Ebenso wenig wird gesehen, dass Diakonie und kirchliche Familienverbände das hier beschriebene erweiterte Familienbild seit langem vertreten. Hier wird die bekannte Spaltung zwischen verfasster Kirche und ihren Verbänden sichtbar, deren politische oder familienpolitische Äußerungen als nachgeordnet verstanden werden, obwohl die soziologisch-politische Expertise gerade hier vorhanden ist. Die Zuständigkeit für lebensweltliche Themen ist seit langem an Verbände, insbesondere an die Diakonie „ausgelagert“ – oft gelingt es so, Konflikte zwischen Norm und Lebenswelt zu vermeiden. In der Konsequenz aber wird das kirchlich so zentrale Handlungsfeld „Familie“ in den letzten Jahren nicht systematisch weiterentwickelt und eine produktive Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und funktionalen Diensten fehlt.

Deshalb bleibt es so wichtig, darüber nachzudenken, wie Kirche für gelingendes Familienleben eintreten kann - in der Verbindung von Gemeinde und Diakonie, in nachbarschaftlichen Netzwerken, aber auch als Arbeitgeberin.

Cornelia Coenen-Marx

*Referatsleiterin für Sozial- und Gesellschaftspolitik der EKD
Geschäftsführerin der Ad-hoc-Kommission zur Orientierungshilfe
Der gesamte Vortrag sowie weitere Informationen zur Fachtagung
werden unter www.eaf-bayern.de eingestellt.*

Kabinettsbeschluss zur Qualitätsverbesserung in den KITAs verschlimmbessert die Situation.

So haben wir uns das nicht vorgestellt!

Als die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag in ihrer Fraktionssitzung am 25. Juni entschieden hat, die Förderung der Kindertageseinrichtungen deutlich zu erhöhen, dachten wir uns in unserer langjährigen Forderung bestätigt. Mit dem Beschluss des Ministerrates vom 15. Juli müssen wir feststellen: „So haben wir uns das so nicht vorgestellt.“

Die Aussetzung der Umsetzung der zweiten Stufe der Elternbeitragsentlastung, wie sie in der Kabinettsitzung vom 15. Juli bestätigt wurde, bringt 63 Millionen, die nach dem Willen aller in die Qualitätsverbesserungen der Kindertageseinrichtungen investiert werden sollen. Soweit so gut, wenn dieses Geld über die Erhöhung des Basiswertes der grundlegenden Finanzierung der Arbeit zu Gute kommen würde. Und soweit so gut, wenn die kommunalen Spitzenverbände, wie in einer Pressemeldung bestätigt, ihren Part in gleicher Höhe erfüllen würden. Damit würde es weitere Qualitätsverbesserungen in der Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern über alle Altersstufen und über alle Regionen hinweg geben. Doch nun will das Kabinett die Auszahlung der Mittel an Bedingungen knüpfen: Die Auszahlung soll erst dann erfolgen, wenn jede Kommune jeweils für sich den schriftlichen Nachweis erbringt, selbst ebenfalls einen Betrag in Höhe der staatlichen Förderung für Qualitätsverbesserungen in den Einrichtungen auszugeben. Dies bedeutet: eine finanzielle Zusage und einen Gemeinderatsbeschluss jeder Gemeinde im Freistaat inklusive einer Verpflichtungserklärung der Ober- und Bürgermeister/innen. Dies bedeutet aber auch, dass dieses bürokratische ‚Kleinklein‘ den Kindertageseinrichtungen und damit den Kindern schadet, denn so kann keine verlässliche pädagogische Arbeit gestaltet werden. Und es kann möglicherweise zu Qualitätsunterschieden in den Regionen führen. Die Anforderungen in der Arbeit mit Kindern in den Tageseinrichtungen sind in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Qualitätsanforderungen, wie durch die Einführung des verbindlichen Bildungs- und Erziehungsplanes oder durch den enormen Ausbau des Angebotes für Kinder unter drei Jahren gekommen, müssen in der Arbeit ihre Entsprechung finden. Leider zogen die steigenden Anforderungen nicht im gleichen Maße die notwendige Anpassung der Rahmenbedingungen mit sich. Da ist weiteres Geld im System, um weitere Verbesserung voran zu treiben, zwingend erforderlich gewesen.

Wir unterstützen die grundsätzliche Entscheidung, die zur Verfügung stehenden Mittel der verlässlichen Qualitätsverbesserung in den Tageseinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Damit wird unsere lange Forderung aufgenommen, im Sinne des Kindeswohls die Rahmenbedingungen für die Arbeit der pädagogischen Fachkräfte in den Tageseinrichtungen zu verbessern. Denn die höhere Förderung wird den Einrichtungen ermöglichen, verlässliche Anstellungsbedingungen für die dringend benötigten Fachkräfte zu bieten, qualitative Impulse zu setzen und damit das Wohl des Kindes noch stärker in den Mittelpunkt rücken zu können. Und somit wird auch den Erwartungen der Eltern einer bestmöglichen Betreuung, Erziehung und Bildung der Kinder entsprochen, die sie unserer Erfahrungen nach höher schätzen als ein schneller Zuschuss zum Elternbeitrag.

Freilich ist es bedauerlich, dass die bereits angekündigte Umsetzung der zweiten Stufe der Elternbeitragsentlastung ab September nun nicht kommen wird. Aber bereits im März 2014 hat der Landesbeirates für Familienfragen beschlossen: „Im Hinblick auf die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen in Bayern gehen die Überlegungen zu einer Qualitätsverbesserung und zur Schaffung von Elternbeitragsfreiheit langfristig und grundsätzlich in die richtige Richtung. Wenn Konflikte zwischen dem einen und dem anderen Ziel auftreten, ist die Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuungsmaßnahmen stärker in den Blick zu nehmen, um Eltern und Familien zu unterstützen.“

Wir sind überzeugt, dass die 63 Millionen jetzt viel mehr in der Qualitätsverbesserung gebraucht werden, die durch eine verlässliche und dauerhafte Erhöhung des Basiswertes erreicht werden kann.

Birgit Löwe

1. Vorsitzende der eaf bayern

Impressum:

Herausgeber: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V. (eaf bayern)
1. Vorsitzende: Birgit Löwe, 2. Vorsitzender: Ludwig Selzam, 3. Vorsitzende: Hanna Kaltenhäuser
Geschäftsführerin und Redaktion: Renate Zeilinger
Geschäftsstelle im Diakonischen Werk Bayern, 90332 Nürnberg, Telefon (0911) 93 54 - 270, Telefax - 299
Internet: www.eaf-bayern.de, info@eaf-bayern.de
Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder.

Druck: Schnelldruck Süd GmbH, Nürnberg

FPI 3 Mai/Juni 2014, 25. Jahrgang